

Olga Mannheimer

Der März der Antisemiten Vor dreißig Jahren: Das kommunistische Polen vertreibt Juden

Während die Weltöffentlichkeit 1968 auf die Krawalle der aufbegehrenden Jugend in Paris und Berlin blickte, vollzog sich vor dreißig Jahren fast unbemerkt der Exodus der letzten polnischen Juden. Der März 68 gilt in Polen als Auftakt und Synonym der Vertreibungskampagne, die ein Vierteljahrhundert nach Ende des Hitler-Terrors das Land praktisch „judenrein“ machte – diesmal auf Betreiben des kommunistischen Regimes.

Maßgeblicher Urheber des antisemitischen Feldzugs, der aus innerparteilichen Richtungskämpfen entstand, war General Mieczyslaw Moczar, damals Innenminister und Anführer des harten dogmatischen Flügels. Seine Fraktion ging gegen das liberale Lager mit einer ebenso wirksamen wie einfachen Strategie vor: Sie benutzte die vom Kreml nach dem Sechstagekrieg diktierte antiisraelische Politik und appellierte damit an die antisemitischen und antisowjetischen Gefühle in der Bevölkerung. Daß die marxistische These den Antisemitismus als Herrschaftsinstrument der Reaktion verurteilt – Engels bezeichnete ihn als Sozialismus der dummen Kerle –, war nicht weiter störend. Der Jude wurde kurzerhand zum Zionisten erklärt und die Judenhetze zum Kampf gegen den „zionistischen Expansionismus“.

Dieser Kampf sah folgendermaßen aus: Man stellte die jüdische Herkunft eines Reformers heraus, beschimpfte ihn als polenfeindlichen Revisionisten und rief zugleich die Beteiligung von Juden am stalinistischen Machtapparat nach 1945 ins Gedächtnis. In der Tat hatten jüdische Kommunisten im Nachkriegspolen Spitzenpositionen eingenommen und, nicht-jüdischen Stalinisten gleich, mit Terrormethoden regiert. Als gläubige Marxisten hatten sie an der Errichtung des kommunistischen Regimes eifrig mitgewirkt, zumal sie sich davon Schutz und das Ende der Diskriminierung versprochen. Schutz konnten die Rückkehrer aus den Konzentrationslagern ge-

Dieser Artikel erschien erstmals am 9. März 1998 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Olga Mannheimer, die 1969 mit ihrer Familie Polen verlassen musste und heute Vorsitzende des Freundeskreises des Lehrstuhls ist, stellte damals der deutschen Leserschaft eindringlich die März-Ereignisse in Polen dar, die hierzulande noch weithin unbekannt waren – und noch immer sind.

die Partei den Antisemitismus aufs schärfste verurteilte. Dem Absurden waren keine Grenzen gesetzt.

Was als fremdgesteuerter Angriff auf die Gesellschaftsordnung, gar als versuchter Staatsstreich dargestellt wurde, hatte am 30. Januar 1968 mit einer Studentendemonstration begonnen. Sie richtete sich gegen die Absetzung von Mickiewicz' „Dziady“, einem Nationaldrama aus dem 19. Jahrhundert, das sich in den Augen der Behörden eines zu großen Erfolgs erfreute. Kommunistische Funktionäre fanden es durchaus logisch, eine Aufführung wegen eines überfüllten, nicht wegen eines leeren Theaters vom Spielplan zu nehmen. Als Vorwand diente der stürmische Applaus bei Mickiewicz' antizaristischen Passagen, der als Ausdruck antisowjetischer Gefühle verstanden wurde.

Einigen Politologen (darunter Richard Hammer) zufolge war der antisowjetische Beifall von eigens dafür in den Zuschauerraum abkommandierten Einheiten angefacht und die Absetzung des Dramas gegen jede Zensurgepflogenheit Wochen im voraus angekündigt worden. Ganz Warschau wußte, daß es an diesem Abend eine Protestaktion vor dem Nationaltheater geben würde. Das brutale Vorgehen der Miliz, die Relegation und die Verhaftung einiger Studenten mobilisierten breite akademische Kreise. Am 8. März ging es dann richtig los: Nach einer Vollversammlung auf dem Hof der Warschauer Universität wurden die Studenten und bald auch Passanten von der Polizei mit Schlagstöcken angegriffen. Am Nachmittag bot die Innenstadt ein Bild, das an die Razzien während der deutschen Okkupation erinnerte: abgesperrte, menschenleere Straßenzüge, gesäumt von Milizionären in voller Kampfmontur, verängstigte Menschen, die sich in Hauseingänge drückten, Angstschreie und das Stöhnen der Verletzten.

Szlajfer, Michnik, Blumsztajn, Werfel – so und ähnlich hießen die zuallererst verhafteten Studentenfürher, von denen einige mit Parteifunktionären des Reformerslagers verwandt waren. Das Innenministerium nutzte diesen Umstand, um die Unruhen als Folge einer feindlichen Agitation darzustellen, angezettelt durch reaktionäre, vom internationalen Zionismus, westdeutschen Revanchismus und amerikanischen Imperialismus gestützte Elemente. Politiker und Medien klärten die Öffentlichkeit über die Hintermänner auf. Zu deren Zielen gehöre es, die „jüdischen Kollaborateure der Nazis und – als Gegenleistung für die riesigen Wiedergutmachungssummen – auch die Deutschen von den Verbrechen gegen die Juden

reinzuwaschen und dem polnischen Volk die Verantwortung für die Judenvernichtung aufzubürden“. Parteichef Gomulka sprach öffentlich von der fünften Kolonne.

Nur die wenigsten hielten der Vertreibung stand. Geblieben ist, wer entweder zu alt für die Emigration oder von außergewöhnlichem Kampfgeist beseelt war – die jüdischen Studentenfürher von 1968 findet man später in den Gremien der Solidarnosc wieder. Die überwiegende Mehrzahl der Juden packte die Koffer. Rund 30 000 Menschen beantragten eine Ausreisegenehmigung, die nach langen Schikanen, gegen hohe Gebühren und einzig für Israel erteilt wurde. Sie kapitulierten vor antisemitischen Traditionen, die als Waffe im politischen Machtkampf dienten, und verstreuten sich in aller Herren Ländern – von Skandinavien bis Australien. Der krasse Zynismus der Vertreibungskampagne und die offensichtliche Idiotie ihrer Rhetorik sagen viel über das damalige Polen aus. Eine Reihe von Veranstaltungen konfrontiert heute die polnische Öffentlichkeit mit diesem düsteren Kapitel, das sich nun zum dreißigsten mal jährt.